



# VORBEI AN DEN BEDÜRFNISSEN

STÄDTISCHE UMSTRUKTURIERUNG  
IM INTERESSE DES KAPITALS

*Hintergründe zur Entwicklung  
der Veddel und Wilhelmsburgs*



# VORBEI AN DEN BEDÜRFNISSEN

## STÄDTISCHE UMSTRUKTURIERUNG IM INTERESSE DES KAPITALS

### Impressum

#### Herausgeber

Projekt Revolutionäre Perspektive (PRP)  
c/o Infoladen Wilhelmsburg, Fährstraße 10, 21107 Hamburg  
prp@riseup.net  
www.prp-hamburg.tk

Mai 2009

#### Auflage

1000 Exemplare

#### V.i.S.d.P.

Karl Kock, Mühlenfeld 107, 21077 Hamburg

#### Eigentumsvorbehalt

Diese Broschüre bleibt bis zur Aushändigung an den/die Gefangene(n) Eigentum des Absenders. „Zur Habe-Name“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Broschüren sind unter Angabe des Grundes an den Absender zurückzusenden.

Hamburg verändert sich. In ungeheurem Tempo entsteht eine neue Hafen-City, wird eine Elbphilharmonie aus dem Boden gestampft und ganze Stadtteile umgekrempelt. Die Umstrukturierung der wachsenden Hansestadt betrifft verschiedene Bezirke und vor allem der „*Sprung über die Elbe*“ hat es den Stadtplanern angetan. Die Verbindung der Hamburger Innenstadt über die HafenCity und die Stadtteile Veddel und Wilhelmsburg bis zum Harburger Binnenhafen stellt ein Kernprojekt der aktuellen Stadtentwicklung dar. Die als Problembezirke stigmatisierten Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel werden heutzutage nicht mehr stiefmütterlich behandelt, sondern verdienen die volle Aufmerksamkeit des Hamburger Senats. Die „*neue Mitte*“ oder „*Hamburgs Zukunft*“ heißt es auf tausenden bunten Imageflyern. Nur für wen, fragt sich? Was heißt es, wenn ein Stadtteil umstrukturiert wird? Was steht hinter dem viel beschworenen Begriff der Aufwertung? Welchen Interessen folgt sie und nicht zuletzt, was sind die Folgen für die derzeitigen BewohnerInnen der plötzlich begehrten Bezirke?

## **RAUS AUS DEM GHETTO, REIN IN DIE SZENE...**

Wilhelmsburg und Veddel gelten als „Problemstadtteile“. Aufgrund der Nähe zum Hamburger Hafen und der Affinerie sind sie traditionelle Arbeiterstadtteile. Wilhelmsburg hat ca. 50.000 EinwohnerInnen, wovon ungefähr 34 % MigrantInnen sind und weit mehr einen Migrationshintergrund haben. Auf der Veddel leben knapp 5.000 Menschen, mehr als 51 % MigrantInnen. Insgesamt sind in den Bezirken 29,6 % (Veddel) und 26,3 % (Wilhelmsburg) der EinwohnerInnen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Beide Stadtteile haben überdurchschnittlich viele Jugendliche, von denen einige von Arbeitslosigkeit betroffen und aufgrund schlechter Bildungsmöglichkeiten von qualifizierten Jobs abgeschnitten sind. Ein Blick in das überfüllte und von Securitys bewachte Wilhelmsburger Jobcenter genügt, um davon einen Eindruck zu erhalten. Die Infrastruktur in den Stadtteilen ist mäßig und kann

nur teilweise durch selbstgewachsene Strukturen ersetzt werden. Zunehmende Verarmung, Arbeitslosigkeit, Leiharbeit, ungesicherte und befristete Arbeitsverhältnisse, staatliche Schikanen bis hin zu Abschiebungen prägen den Lebensalltag vieler BewohnerInnen. Hier wohnen viele der Menschen, die innerhalb der bestehenden Gesellschaft die schlechtesten Chancen haben, sich in prekären Lebenslagen wiederfinden und oftmals an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Zusätzlich lastet der Ruf eines rauen Klimas, von Bandenkriminalität und sozialen Problemen auf den Stadtteilen.

Mit einer ganzen Reihe von Projekten will die Stadtplanung nun die Attraktivität der Stadtteile erhöhen. Das in Wilhelmsburg und auf der Veddel einiges passieren muss, steht außer Frage. Gegen Verbesserungen durch Sanierungsarbeiten, neue Fahrradwege und Grünflächen hat wohl niemand etwas einzuwenden, schließlich handelt es sich um Forderungen, die von Teilen der BewohnerInnen

schon lange erhoben werden. Die momentan betriebene Stadtpolitik weist aber in eine andere Richtung.

Mit der Veddel und Wilhelmsburg wurden die einstigen „Schmuddelkinder“ von der Stadtplanung als aufstrebende Stadtteile entdeckt. Als „*besonderes Instrument der Stadt- und Regionalplanung mit befristeten Sonderkon-*

*ditionen*“ wird dabei die Internationale Bauausstellung (IBA) und die Internationale Gartenschau (IGS), die 2013 auf der Elbinsel stattfinden sollen, eingesetzt (siehe Kasten). Das erklärte Ziel der IBA ist es, „*Modellstadtteile*“ zu schaffen. Aufgrund der Innenstadtnähe möchte man hier den benötigten Wohnraum für eine wachsende Stadt errichten, die insbesondere auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus zukunftssträchtigen Branchen und finanzstarke EinwohnerInnen setzt. Dafür werden die Stadtteile umstrukturiert. Durch verbesserte Infrastruktur, eine erweiterte Gastronomie und Geschäftswelt, ein breites kulturelles Angebot und neue Grünanlagen wird eine



sogenannten Aufwertung der Quartiere angestrebt. Was zunächst gar nicht schlecht klingt, hat seine Kehrseite. So ist ein Aushängeprojekt der IBA z.B. das sogenannte Weltquartier, welches im südlichen Reiherstiegviertel rund um die Weimarer Straße in Wilhelmsburg entsteht. Ausgewiesen als „*Modellprojekt für interkulturelles Wohnen*“ saniert und modernisiert die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA/GWG unter Schirmherrschaft der IBA ihre 820 Wohnungen. Durch Zusammenlegung von Wohnraum entstehen hierbei einige größere Apartments, wodurch künftig vermutlich rund 130 Wohnungen wegfallen. Dass dies folgenschwere Konse-

### **IBA und IGS: Goldene Fassaden statt verbesserten Leben**

Die Internationale Bauausstellung (IBA) ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das als Instrument der Stadtplanung und des Städtebaus eingesetzt wird. In Form eines internationalen Wettbewerbs von Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplanern und Unternehmen sollen neue Ideen und Projekte im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich umgesetzt werden. Erstmals wurde die IBA 1901 in Darmstadt veranstaltet und ist seit dem ein maßgeblicher Motor bei der Umstrukturierung verschiedener Städte gewesen.

Die IBA und die Internationale Gartenschau (IGS) sollen 2013 in Wilhelmsburg stattfinden und tiefgreifende städtebauliche Veränderungen südlich der Elbe herbeiführen. Mit einem veranschlagten Budget von ursprünglich 148 Millionen Euro sind sie Hauptfinanziers für die Umgestaltung der Bezirke. Mittlerweile hat der Senat allein für die Jahre 2009 - 2012 zusätzliche 120 Millionen Euro des Haushalts für IBA und IGS vorgesehen. Während sich die IGS in erster Linie dem Bau eines Parks widmet, was vor allem bei örtlichen Kleingärtnern für Unmut sorgt, stellt die IBA mit mehreren aufsehenerregenden

quenzen für die einstigen MieterInnen hat, ist absehbar, auch wenn die SAGA/GWG das Gegenteil beteuert. Nur die Wenigsten werden sich die proportional zur Quadratmeterzahl steigenden Mieten leisten können. Einige MieterInnen des Reiherstiegviertels, welches aufgrund seiner Altbauten von den Stadtplanern besonders begehrt wird, haben bereits im Herbst 2008 eine drastische Mieterhöhung erhalten. Zunächst war eine gesetzliche Obergrenze von bis zu 20 % Mietsteigerung vorgesehen, was in manchen Fällen bis zu 60 Euro zusätzlich pro Monat bedeutet hätte. Nach Beschwerden der BewohnerInnen sah sich die Wohnungsbaugenossenschaft Bauverein Reiherstieg genötigt, die Mieten zunächst „nur noch“ um durchschnittlich 11,3 % zu erhöhen. Betrug die durchschnittliche Nettokaltpreismiete im Reiherstiegviertel 2006 (und das bereits nach einer ersten Mieterhöhung) noch 4,62 Euro pro Quadratmeter, ist sie nun bei 5,52 Euro angelangt. Auch auf der Veddel kam es bereits 2005 für 171 Mieter zu einer Erhöhung der Mieten um 20 %. Klartext sprach damals der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Henning Finck, in dem er sagte: „Durch diese

*Erhöhungen kann sich die Mieterklientel verändern und sich so die Bevölkerungsstruktur auf der Veddel deutlich verbessern“* (Hamburger Abendblatt, 31.01.05). Bei all dem handelt es sich wohl um einen Vorgeschmack auf das, was zukünftig viele BewohnerInnen treffen dürfte. Mit den Wünschen und Bedürfnissen der im Stadtteil lebenden Menschen hat das jedenfalls nichts zu tun.

## **PARTY, PARKS UND PRADA - AUFWERTUNG DURCH DIE BLUME**

Um neue und marktkonforme MieterInnen anzulocken, benötigen Wilhelmsburg und die Veddel einen umfangreichen Wandel, denn die bisherige Lebenssituation in den Stadtteilen könnte Investoren, benötigte Arbeitskräfte und deren Familien gleichermaßen verschrecken. Damit sich diese wohl fühlen, muss ein entsprechendes Wohn- und Freizeitumfeld her. Verwirklicht werden soll dies durch die Veränderung der sozialen Struktur im Stadtteil. So wurden z.B. gezielt StudentInnen geködert, die oftmals auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, indem der Senat über die SAGA/GWG für diese finanziell geförderte Wohnungen

Großprojekten das Herzstück der Umstrukturierung dar. Beide sollen den (noch) etwas steinigen Weg für Investoren und deren Profitinteressen pflastern. Die Umwandlung von Sozial- in Eigentumswohnungen, der Neubau von Luxus-Wohnungen anstelle von günstigem Wohnraum, die Schaffungen eines „bunten Straßenlebens“ mit Geschäften und Cafés für finanzstarke Konsumenten sind Beispiele dafür. Dabei geben IBA und IGS vor, die Entwicklung gemeinsam mit den BewohnerInnen der Stadtteile zu planen. Mit sogenannten Bürgergesprächen versuchen sie ihre Konzepte der Bevölkerung schmackhaft zu machen. Mit der Einbeziehung von Teilen der lokalen Zivilgesellschaft wollen sie ihren geplanten Großprojekten Legitimation verleihen. Hierbei sprechen sie einen begrenzten Kreis aus tendenziell bessergestellten und stadtteilpolitisch aktiven BewohnerInnen an, die sich - trotz vereinzelt kritischer Stimmen - leicht integrieren lassen. Durch diese Beteiligungsform gaukeln sie vor, dass die Umstrukturierungsmaßnahmen im Interesse der BewohnerInnen stattfänden und nicht vorwiegend ökonomischen Verwertungsabsichten dienen.

anbot. Die werdenden Akademiker sind dabei nicht bloß die besser gestellten, finanzstarken MieterInnen von morgen, sondern sollen in den Vorstellungen von Senat, IBA, Wohnungsbaugesellschaften und potenziellen Investoren Pionierarbeit leisten und durch ihr „kreatives Potential“ einen Wandlungsprozess herbeiführen.

Wie auf diesem Wege Bezirke aufgewertet werden und der Boden für Investoren geebnet wird, haben in Berlin Friedrichshain sowie Prenzlauer Berg oder in Hamburg das Schanzenviertel und Altona vorgemacht. Den alternativen Kneipen, Secondhand-Läden, kleinen Galerien und Straßenpartys folgten Café-Latte-Bars, Bio-Läden, Edel-Boutiquen, teure Kunstausstellungen und kommerzielle Großevents. Dass als Folge die Mieten steigen ist eine ausgemachte Sache. Ebenso, dass von den alten BewohnerInnen nicht viele übrig bleiben. Etliche müssen in die günstigeren Randbezirke ziehen. Ein typischer Prozess der Verdrängung, der auch als Gentrifizierung bezeichnet wird (siehe rechter Kasten). Eine Folge der Stadtpolitik mit der der Senat gut leben kann, schließlich bedeuten hochqualifizierte Arbeitskräfte einen Wettbewerbsvorteil bei der Ansiedlung von Unternehmen, höhere Einnahmen für Eigentümer von Mietwohnungen und steigende Immobilienpreise für deren Besitzer. Zudem werden durch den Zuzug von finanzkräftigen BewohnerInnen größere Steuereinnahmen für den Landeshaushalt erzielt.

Senat und IBA werden nicht müde zu behaupten, dass Mieterhöhungen eine geradezu naturwüchsige und unvermeidbare Entwicklung seien, was kaum verwundert,

## Gentrifizierung

Gentrifizierung ist ein in der Stadtsoziologie angewandter Begriff für die Änderung der Bevölkerungsstruktur eines Viertels durch die Aufwertung des Wohnumfeldes. Sie findet in der Regel in Gebieten statt, die nahe dem Stadtzentrum liegen, niedrige Bodenpreise und Mieten und meist eine einkommensschwache Bevölkerung aufweisen. Der Gentrifizierungsprozess läuft dabei nach einem üblichen Schemata ab: Wegen niedriger Mieten ziehen StudentInnen, Künstler und (alternative) Kulturschaffende in die Stadtteile und verändern das soziale Milieu. Sie tragen maßgeblich zu einer „Aufwertung“ des Wohnumfeldes bei. Den „jungen Kreativen“ folgen Investoren, die hier die Möglichkeit für gewinnbringende Geschäfte sehen. Häuser und Wohnungen werden saniert, Clubs und Kneipen angesiedelt und auf Dauer der Mietpreis nach oben getrieben. Ein besserverdienendes Klientel soll sich in den aufgewerteten Stadtteilen ansiedeln. Die ursprüngliche Bevölkerungsstruktur und der Charakter der Viertel wandeln sich. Viele der alten BewohnerInnen können die hohen Mieten nicht mehr zahlen und werden an die (günstigeren) Stadtränder verdrängt.

schließlich folgen ihre Pläne einer kapitalistischen und keiner sozialen Logik. Dass der Mietspiegel der Hansestadt generell steigt ist eine unstrittige Feststellung. 2007 gab es gegenüber 2005 eine Steigerung der Mieten um rund 4,3 %. Durchschnittlich werden 6,53 Euro pro Quadratmeter gezahlt. Die Mieterhöhungen von 4,3 % wurden in einigen Bezirken weit überschritten. Wilhelmsburg und die Veddel verdeutlichen, dass es längst nicht mehr allein die Stadt-

teile mit vielen Altbauwohnungen wie Eppendorf, Ottensen, Eimsbüttel oder St. Pauli sind, wo die Mieten dauerhaft steigen, weil zahlungskräftige BewohnerInnen in die angesagten Stadtteile drängen und den Preis für Mieten nach oben drücken. Der politische Rahmen in dem dieser Prozess stattfindet ist kein Zufallsprodukt und keine naturgemäße Sache, sondern beruht auf bewussten politischen Entscheidungen. Die Handelskammer formulierte schon 2004 u.a. eine deutliche Forderung für Wilhelmsburg: „*Es sollte ausschließlich freifinanzierter Wohnungsbau ausgewiesen werden, so dass der hohe Anteil an sozialem Wohnungsbau auf ein verträgliches Maß zurückgeführt wird (...)*“ (HK, Leben und Arbeiten im Herzen Hamburgs – Die Entwicklungsperspektive der Elbinsel, 2004, S. 48). Interessant ist auch, dass sich die Positionen des Senats, der Handelskammer und des Wirtschaftsvereins für den Hamburger Süden e.V. zur Stadtentwicklung in Wilhelmsburg und auf der Veddel kaum unterscheiden. Dies verdeutlicht einmal

mehr, welchen Interessen die bürgerliche Politik folgt. Die Stadtplanung Hamburgs verläuft seit Ende 2002 entlang dem Leitbild „*Metropole Hamburg - Wachsende Stadt*“. Dieses ist von der CDU und der damals noch regierenden Partei Rechtsstaatlicher Offensive von Ronald Schill beschlossen worden. Auch der Senat aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen (GAL) behält das städtebauliche Leitbild im wesentlichen bei. Anders als noch vor einigen Jahren, als es vorrangig um die Erschließung der ländlichen Umgebung Hamburgs ging, liegt der Fokus mittlerweile auf der Umstrukturierung städtischer Gebiete südlich der Innenstadt.

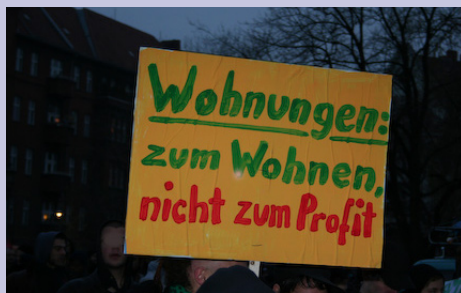
Die Entwicklung in **KAPITALISMUS LOKAL** Hamburg stellt keine Ausnahme dar. Seit den 1980er Jahren finden weitreichende Veränderungen in den sozialen und ökonomischen Strukturen von Städten statt. Im Zeichen der Globalisierung hat der Kapitalismus sogenannte World Cities hervorgebracht, die als strategische Kontroll- und Produktionszentren dienen. In ihnen werden die





Veränderungen besonders deutlich. Beispielhaft sind hier Städte wie New York oder Barcelona, welches im Zuge der Olympischen Spiele 1992 von einer Industrie- in eine moderne Tourismus- und Dienstleistungsstadt verwandelt wurde. Die Folge war, dass sich die Mieten jährlich um ein vierfaches der Löhne erhöhten und sich viele Leute keine innenstadtnahe Wohnung mehr leisten konnten oder zugunsten von Hotels, Museen und anderen Immobilien an den Stadtrand gedrängt wurden.

Die veränderten Standortanforderungen der transnationalen Unternehmen haben, besonders in Zeiten ökonomischer Krisen, die Konkurrenz zwischen den Städten verschärft, die um bestmögliche Wachstumsaussichten wetteifern. Die sozialstaatlich geprägte Stadtpolitik, die sich um Arbeitsplätze, Wohnraumverbesserungen und teilweise sozialen Ausgleich sorgte, gehört der Vergangenheit an. Auf der städtischen Ebene vollzieht sich ein Übergang zur sogenannten unternehmerischen Stadt, womit ein grundsätzlicher Wandel der Politik und der Aufgaben der lokalen Verwaltung (Senat/ Stadt) gemeint ist. Von den Kommunen und Regionen wird eine städtische Aufwertung und gezielte Förderung von Wirtschaftswachstum betrieben. Nicht (mehr) Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Sanierungsmaßnahmen, Ausbau von Verkehrswegen etc. stehen im Mittelpunkt, sondern die aktive Bemühung um Unternehmensansiedlung und private Kapitalvermehrung durch verbesserte Standortfaktoren. Dazu gehört, Imagepflege des Standorts zu betreiben und tatsächliche oder vermeintliche Eigenschaften des jeweiligen Ortes zu definieren



bzw. zu erschaffen. Die millionenschwere Elbphilharmonie in der HafenCity ist ein typisches Projekt zur Kreation eines bestimmten Images. Die Städte konkurrieren nämlich um Produktionsstätten, hochqualifizierte Arbeitskräfte, die Position als regionales Konsumzentrum sowie um staatliche Fördermittel, die nicht mehr gleichmäßig verteilt sondern gezielt vergeben werden. Das bei dem Wettbewerb der Städte die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung auf der Strecke bleiben, spielt in dieser Logik keine Rolle.

Die Neuorientierung lokaler Politik in Zeiten der globalen Standortkonkurrenz hat zu einer fast vollständigen Aufhebung der Trennung zwischen Markt und Staat geführt. Überwog in den Nachkriegsjahrzehnten die Interessensvermittlung zwischen wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten, hat man es heute mit privaten, halböffentlichen und öffentlichen Akteuren zu tun, die in die Stadtentwicklung eingreifen. Die Kooperation zwischen privaten und staatlichen Partnern ist zwar nicht völlig neu, erhält aber in den letzten Jahren eine andere Qualität. Das Abkommen zwischen Hamburger Senat und IBA ist ein exemplarisches Beispiel



Insbesondere in Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die vormals öffentlich betreut wurden, kommt es zu Privatisierungen. Wohnungsbau, Verkehrsanbindung, Gas- und Wasserversorgung, Abfallbeseitigung sowie Schwimmbäder oder selbst

**SOZIAL IST WAS KOHLE BRINGT?**

dafür. Das staatliche Regieren auf lokaler Ebene findet nicht mehr allein durch die gewählten VertreterInnen statt, sondern es kommt zu einer institutionellen Öffnung, die von privaten Investoren bis zu „gemeinnützigen“ Stadtteilinitiativen reicht. In Wilhelmsburg ist dies z.B. der Verein Zukunft Elbinsel, der sich an der Wilhelmsburger Zukunftskonferenz beteiligte, auf deren Grundlage das Konzept „Sprung über die Elbe“ entwickelt wurde. Der Verein wird von politisch engagierten, allerdings nur für einen kleinen Teil der Community repräsentativen StadtteilbewohnerInnen getragen. Diese boten bereits 2005 dem Senat ihre Zusammenarbeit an, wenn doch endlich was im Stadtteil passiere. Kritische Äußerungen zur Umstrukturierung sind von ihnen eher selten zu hören. Die scheinbar partnerschaftliche Beziehung zwischen Regierung, Teilen der Zivilgesellschaft und Wirtschaft verschleiern die unterschiedliche Durchsetzungsfähigkeit und machtpolitische Position der Akteure und verleihen den städtischen Projekten einen demokratischen Anstrich.

Grünflächen werden zu Bereichen der kapitalistischen Verwertung und somit Profitabsichten ausgesetzt. In der Regel geschieht dies in Form von städtebaulichen Verträgen, welche den Investoren einen Teil der benötigten Infrastruktur abverlangen und diese im Gegenzug den entsprechenden Bereich marktwirtschaftlich durchdringen. Zeitgleich finden verstärkt städtische Ausgaben zur Wirtschaftsförderung statt, um im Standortwettkampf vorne mit dabei zu sein. Die Ansiedlung von Unternehmen und die Schaffung von Wohneigentum werden weiterhin stark gefördert, während gleichzeitig für soziale Einrichtungen und Maßnahmen an allen Ecken und Enden gespart wird. Auch die heutigen Großprojekte zielen nicht auf eine langfristige Verbesserung der Lebensverhältnisse der ansässigen BewohnerInnen, sondern meist auf prestigeträchtige Bauten zur Imagepflege des Standorts und darauf, den Bezirk für Fachkräfte und Unternehmen attraktiv zu machen. Getreu dem Motto, dass wenn die Unternehmen erstmal da sind alles besser wird, glauben viele, dass auch sie irgendwann etwas von der Standortpolitik haben. Zu einer realen Verbesserung kommt es aber doch nie.

## EINBINDUNG DURCH ZUCKERBROT...

Begleitet wird die unternehmerische Stadtentwicklung mit zweifelhaften Programmen gegen Armut und „soziale Brennpunkte“, was aktuell auch auf der Veddel und in Wilhelmsburg zu beobachten ist. Hierfür werden Teile der örtlichen Bevölkerung und selbstgewachsene Strukturen für sozial-integrative Maßnahmen in den Problemquartieren mobilisiert. Ehemals eher mit progressiven Bewegungen in Verbindung gebrachte Elemente, wie Nachbarschaftshilfe, alternative Lebensformen, subkulturelle Szenen sowie künstlerisches und kreatives Potential werden eingebunden und zur Auslagerung früherer staatlicher Aufgaben genutzt. Ein Beispiel hierfür ist das Café uNmut auf der Veddel, welches aus den Protesten gegen Studiengebühren hervorgegangen ist und heute als unkommerzielles Café weitergeführt wird. Als Anlaufpunkt für StudentInnen und „junge Kreative“ ist es quasi ein Vorzeigeprojekt in Sachen Umstrukturierung. Zugleich bietet es aber auch einen Treffpunkt für kritischen Austausch und alternative Lebensentwürfe. Ob die Akteure es wollen oder nicht, die Stadtplanung versucht ihre marktwirtschaftliche Ausrichtung mit der Aktivierung der lokalen Gemeinschaften zur ehrenamtlichen Aufwertung des Stadtteils zu verbinden. Dadurch soll auch der „soziale Sprengstoff“, der sich aus einer von Ausgrenzung, Stigmatisierung und von ökonomischen Schwierigkeiten geprägten Lebenssituation der BewohnerInnen ergibt, kanalisiert und entschärft werden.

Beim Wandlungsprozess in den Stadtteilen wird **...UND AUSSCHLUSS DURCH PEITSCHÉ** allerdings nicht allein auf die „weichen Potentiale“ gesetzt, was gerade in Hamburg mehr als deutlich wird. Zahlreiche bevölkerungspolitische Maßnahmen flankieren die Stadtplanung. Ihnen liegt häufig eine Vorstellung zu Grunde, in der die BewohnerInnen bestimmter Bezirke nach ihrer Eignung für die geplante Stadtteilentwicklung kategorisiert werden. Wer gefördert, wer in die Randbezirke abgedrängt und wer mit Hilfe von Polizei und Gerichten unter soziale Kontrolle gebracht werden muss, ist Teil der Überlegungen. Die Ursache für Armut in der Bevölkerung wird in deren individuellen Verschulden gesehen, anstatt in der kapitalistischen Gesellschaft angelegt. Ihre Probleme sind nicht mehr Ausdruck ökonomischer und sozialer



Verhältnisse, sondern entstünden aus einer „gefährlichen Mischung“ in den Bezirken, deren Ursache in der dort lebenden Bevölkerung selbst liege. Der Staat kann und will die Armut überhaupt nicht bekämpfen. Er fürchtet nur die Herausbildung einer „gefährlichen Klasse“ in den vernachlässigten Randbezirken, die insbesondere wenn der Stadtteil aufgewertet werden soll, zum Störfaktor für die hofierten und hochqualifizierten Arbeitskräfte und Investoren werden könnte. Sicherheitspolitisch wird also nicht nur auf Integration gesetzt, sondern zugleich verschmelzen Stadtplanung und Polizeiapparate, um die Problembezirke in den staatlichen Griff zu bekommen. Unter dem Schlagwort der Sicherheit werden die realen Probleme wie Drogen, Gewalt und Diebstahl kontrollgesellschaftlich mit Razzien, Straßenkontrollen und verstärkter Polizeipräsenz beantwortet. Besonders in den warmen Jahreszeiten ist dieses Vorgehen deutlich auf der Veddel zu beobachten, wenn die Polizei dauerhaft vor der S-Bahn-Station stationiert wird und regelmäßig Kontrollen von Jugendlichen durchführt. Zu einer Lösung der Probleme führt dieses Vorgehen nicht, sondern allein zu einer räumlichen Verlagerung, zunehmender Überwachung öffentlichen Raums und der Drangsalierung ganzer Bevölkerungsteile, wobei aufgrund des polizeilichen Vorgehens nach rassistischen Mustern vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen sind. Die sichtbare Anwesenheit von Armut und Not reibt sich nunmal mit den Verwertungsinteressen der Investoren und verschreckt die umworbene „Mittelschichtler“, weshalb es für

die Stadt nur folgerichtig ist, mit Repression zu reagieren.

Wir haben **WIDERSTAND ORGANISIEREN!** nicht die Illusion, dass die betriebene Stadtpolitik für die Menschen, die jetzt im Stadtteil leben eine Verbesserung darstellt. Ganz im Gegenteil gehen wir davon aus, dass ein Großteil nichts davon haben wird und es zu einer Verdrängung an die Ränder der Stadt kommt. Die Absichten des Senats, von IBA und anderen Investoren in Wilhelmsburg oder auf der Veddel neue Anlagemöglichkeiten für Kapital zu schaffen sind stark und werden sich wohl nicht komplett verhindern lassen. Dass die Stadtplanung zukünftig nach sozialen Gesichtspunkten abläuft ist innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ohnehin kaum zu realisieren. Es ist zwar richtig, soziale Förderprogramme und vernünftige Wohnstandards zu annehmbaren Preisen zu verlangen, aber diese sind nur schwer durchzusetzen. Angesichts der gigantischen Rettungspakete für Banken und Wirtschaft nimmt der herrschenden Klasse zwar niemand mehr ab, dass die Haushaltskassen leer und kein Geld dafür bereitzustellen sei, aber eine Bewegung, die sich den Verwertungsabsichten entgegenstellt und reale Verbesserungen erkämpfen könnte ist aktuell noch schwach. In Zeiten von weitreichender Verarmung, Krisen und immer unsichereren Lebensverhältnissen wird sie allerdings nötiger denn je. In Anbetracht der Wiederkehr der Klassenfrage im städtischen Raum halten wir Widerstand gegen die Verdrängung einkommensschwacher BewohnerInnen an die Randbezirke und gegen die „Aufwertung“ des Stadtteils für

einen wichtigen Schritt. Dabei wollen wir uns nicht nur gegen Verdrängung, Privatisierung und Standortkonkurrenz wehren, wir müssen auch die „weichen“ Strategien erfassen. Wir müssen feststellen, wo Selbsthilfe, Stadtteilarbeit und Aktivitäten im Interesse der Umstrukturierung instrumentalisiert werden und wo sie einer Bewegung gegen die bestehenden Verhältnisse nützen. Es kann für uns nicht darum gehen, entweder eine (autonome) Subkultur zu etablieren oder sich in bürgerlichen Formen der „Mitbestimmung“ zu verlieren, sondern es muss der Ansatz einer gesellschaftlichen Intervention verfolgt werden, der die verschiedenen Menschen im Stadtteil mit einbezieht. Ein Anfang kann es sein, zusammenzukommen, sich zu informieren, auszutauschen und eine gemeinsame Praxis zu entwickeln. Wenn wir solidarisch aktiv werden und das trotz der unterschiedlichen Lebenslagen, in denen wir uns als MigrantIn, ArbeiterIn, JobberIn, Erwerbslose oder StudentIn zweifellos befinden, eröffnen sich neue Möglichkeiten. Von der kapitalistischen Umstrukturierung sind wir früher oder später alle betroffen. Protest und Widerstand können die Pläne des Senats und der Investoren stören, die Auswirkungen abmildern und vielleicht die ein oder andere Verbesserung für die BewohnerInnen erreichen. Außerdem können sie einen allgemeinen Prozess der Organisation und eine grundsätzliche Debatte über den Zustand der Gesellschaft anregen, die über die Zeit der Umstrukturierung hinausreichen und die Stadtteile auch in Zukunft nachhaltig prägen. Eine weiterreichende Perspektive sehen



wir in den Kämpfen für bessere Lebensbedingungen und gegen die Verwertungspläne dann, wenn sie nicht allein eine verfehlte Politik des Senats kritisieren und sich die vergangenen Tage des Sozialstaates zurückwünschen, sondern nach den Ursachen fragen und den ganzen Kapitalismus und bürgerlichen Staat als Teil des Problems begreifen. In einer Gesellschaft in der sich soziale Beziehungen in Warenbeziehungen verwandeln, in der Standorte und Menschen in Konkurrenz gesetzt werden und sich alles um Verwertung von Kapital, um Profite und die Ausbeutung von Arbeitskräften dreht, folgt auch die Stadtpolitik dieser Logik. Die Stadtteile werden auf die Anforderungen des Kapitals zugeschnitten und die Lebensverhältnisse diesen Bedingungen untergeordnet. Deshalb darf ein Kampf im Stadtteil nicht isoliert ablaufen, sondern sollte die Verbindung zu anderen sozialen Konflikten suchen und sich als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Aufgehens für eine andere – solidarische, klassenlose und an den Bedürfnissen der Menschen orientierten - Gesellschaft verstehen!

**KEINE VERDRÄNGUNG AUS DEN STADTTHEILEN-SCHÖNER WOHNEN FÜR ALLE!  
DIE VERWERTUNGSLOGIK DURCHKREUZEN-KAPITALISMUS ABSCHAFFEN!**

## **Zum Weiterlesen:**

***Erfolgsmodell "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt"?  
Ein neoliberales Leitbild und seine Folgen***

Hrsg.: Rainer Volkmann - VSA-Verlag  
ISBN 3-89965-212-6

***Die Insel denen, die darauf wohnen! Momentaufnahme einer  
unsozialen Wohnungs- und Aufwertungspolitik***

Hrsg.: Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg (AKU)  
[www.aku-wilhelmsburg.blog.de](http://www.aku-wilhelmsburg.blog.de)

***<http://gentrificationblog.wordpress.com>***

Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierungen  
und Mieter/innenkämpfen





[www.prp-hamburg.tk](http://www.prp-hamburg.tk)